



André Schröder:

*„Aktiver
Parlamentsherbst!“*

André Schröder,
Vorsitzender der CDU-Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt



**Der CDU-Landtagsfraktion
steht ein aktiver
Parlamentsherbst bevor.
Anstehende politische Themen
und eigene Initiativen für
die kommenden Monate hat die
CDU unter anderem auf ihrer
Fraktionsklausur abgestimmt.**

Ein bedeutender Teil des Landes ist vernässungsgefährdet und die daraus entstehenden Problemlagen können jederzeit wieder akut werden, wie auch die starken Regefälle der vergangenen Wochen aufgezeigt haben. Die CDU-Fraktion hat sich daher auf ihre Linie für den zeitweiligen Ausschuss „**Grundwasser, Vernässungen und das dazugehörige Wassermanagement**“ verständigt, der sich am 14. September unter Vorsitz der Abgeordneten Brigitte Take konstituiert hat. Der Ausschuss begleitet die Arbeit der Landesregierung und befasst sich mit den konkreten Ursachen und Folgen der entstandenen Grundwasser- und Vernässungsprobleme. Zielgerichtete Lösungsansätze und die erforderlichen Finanzierungsinstrumente sollen erarbeitet bzw. dargestellt werden. Für uns hat dabei der Schutz des Menschen und ihr Eigentum Vorrang. Spielräume, die uns der Naturschutz bietet, sollten daher für Unterhaltungsmaßnahmen vollständig ausgeschöpft werden. Notfalls sind auch Auflagen für die Landwirtschaft zu prüfen.

Die CDU-Fraktion strebt eine Novellierung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA) an. Hierbei sind verschiedene Rechtsgrundlagen zu schaffen. Besonderes Augenmerk legt die CDU-Fraktion auf die Ausgestaltung eines Bußgeldtatbestandes bei Zuwiderhandeln gegen einen vollziehbaren Platzverweis, ein Aufenthaltsverbot oder gegen einen Wohnungsverweis. Auch soll es den Kommunen künftig im Rahmen einer entsprechenden Ermächtigungsgrundlage möglich sein, präventiv gegen Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit vorzugehen und auf diese Weise die damit häufig verbundene Folgekriminalität zu senken. Die Einführung einer solchen Regelung wird sowohl vom Deutschen als auch von Sachsen-Anhalts Städte- und Gemeindebund ausdrücklich befürwortet. Des Weiteren streben die Koalitionspartner an, den allgemeinen Aufbau der öffentlichen Verwaltung und ihre räumliche Gliederung durch ein Landesorganisationsgesetz zu regeln. Hierbei soll eine optimierte Rechtsgrundlage für künftige Verwaltungsorganisationsentscheidungen geschaffen werden.

Problemlagen sieht die CDU-Fraktion noch immer bei der Debatte zum **Finanzausgleichsgesetz**. Das derzeitige System ist anreizfeindlich, denn Einsparungen der Kommunen führen direkt zu Kürzungen der Zuweisungen. Auch die tatsächliche finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen kann aufgrund der Nichtberücksichtigung von Fehlbeträgen falsch eingeschätzt werden. Die unterschiedlichen Haushaltsführungssysteme (Doppik, Kameralistik) stellen die tatsächliche Haushaltssituation nicht einheitlich dar. Verteilungsgerechtigkeiten können daher nur verbessert werden, wenn Vergleichbarkeit gegeben ist und Fehlbeträge berücksichtigt werden. Dahingehend bekennt sich die CDU-Landtagsfraktion zum **doppischen System**, als Verfahren für die kommunale Buchführung, das Vorrang genießen sollte. Die CDU-Fraktion wird den erweiterten investiven Möglichkeiten der Kommunen hohes Augenmerk schenken. Die Verschiebung einer gekürzten Investitionspauschale ist der richtige Schritt, kann aber noch nicht das letzte Wort sein. Auch der Vorwegabzug für die Förderung des kommunalen Straßenbaus hat sich dem Grunde nach bewährt und sollte nicht entfallen.

Trotz schwieriger finanzieller Ausgangslage für die im Herbst anstehenden **Haushaltsverhandlungen**, bewerten wir Pläne für Ausweitungen der Leistungsgesetzgebung kritisch. Einnahmen aus Verkäufen oder die Einführung des Wassercentrs sollten so lange nicht erfolgen, bis sämtliche Umschichtungsmöglichkeiten und Einsparpotenziale im Landeshaushalt geprüft worden sind. Selbstverständlich stehen die Haushaltskonsolidierung und ein ausgeglichener Haushalt ab 2012 dabei im Mittelpunkt unseres Handelns.

Die CDU-Fraktion hat sich wiederholt zu allen Projekten der Bundesverkehrswegeplanung bekannt. Wir fordern den zügigen Baubeginn der Nordverlängerung der **BAB 14** und unterstützen Initiativen, die zum schnellen Weiterbau der **BAB 143** führen. Hier erwartet die Fraktion spätestens im Jahr 2012 Baurecht. Eine investitionsfeindliche Abstufung von **Elbe** und **Saale** in der Klassifizierung des Bundeswasserstraßennetzes lehnen wir ab.

Ein Thema, welches der CDU-Fraktion besonders wichtig ist, ist die nachhaltige unabhängige und preisstabile **Energieversorgung** sowie eine zukunftsfähige **Wirtschaftsförderung**. Aufgrund der regenerativen energiepolitischen Vorreiterrolle Sachsen-Anhalts fühlt sich die CDU-Fraktion verpflichtet, die Energiewende zu nutzen um das Energiesystem des Landes beschleunigt umzustellen und seine Stellung als Energieexporteur weiter auszubauen. Insbesondere der Braunkohle als Energie- und Rohstoffträger kommt hier im Hinblick einer stabilen Grundlastversorgung eine zentrale Rolle zu. Dazu werden energiepolitische Thesen in der Fraktion weiter beraten und als Positionsbestimmung verabschiedet. Eine aktive Rolle wird die Fraktion darüber hinaus bei der beabsichtigten Neujustierung der Wirtschaftsförderung übernehmen.

FRAKTION VOR ORT:

26.07.2011: Pressefrühstück
– 100 Tage Koalition in Magdeburg

02.08.2011: Pressegespräch Demografie

17.08.2011: AG LeV und Bernhard Bönisch
bei der Halleschen Bau- und Wohnungs-
genossenschaft eG29.08.2011: Mediennacht der CDU-Landtags-
fraktion in der Villa Bennewitz29./30.08.2011: Klausurtagung im
Magdeburger Maritim Hotel08.09.2011: Parlamentsquiz-Gewinner
zu Besuch im Landtag08.09.2011: Demonstration des
Saale-Bündnisses vor dem Landtag11.09.2011: Die CDU-Landtagsfraktion beim
Städteachter in HohenwarteWissenschaftlicher
Modellversuch

Güssau: Ja zum Mopedführerschein mit 15

Der Verkehrspolitiker der CDU-Fraktion im Landtag, **Hardy Peter Güssau**, hat die Entscheidung des Landtags begrüßt, Sachsen-Anhalt an einem wissenschaftlichen Modellversuch zur Einführung eines Mopedführerscheins ab 15 Jahren zu beteiligen.

„Mit diesem Beschluss haben wir die Weichen dafür gestellt, dass sich Sachsen-Anhalt gemeinsam mit den beiden mitteldeutschen Ländern Sachsen und Thüringen

an einem gemeinsamen Modellversuch beteiligt. Dieser soll auf wissenschaftlicher Grundlage neue Erkenntnisse liefern, welche Möglichkeiten ein früherer Führerscheinwerb für Kleinkraft-räder bietet.

Die frühere fundierte theoretische und praktische Fahrschulbildung dient nicht nur dem verantwortungsbewussten Verhalten der Jugendlichen im öffentlichen Straßenverkehr, sondern vor allem

Bürgerbündnis gegen
Herabstufung der Saale

Scheurell: Mutbürger pro Saale-Seiten-Kanal

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, **Frank Scheurell**, unterstützte die Gründung des Saale-Bündnisses. In der sogenannten **Bernburger Erklärung vom 06. August 2011** sprachen sich die Unterzeichner gegen die geplante Abwertung der Saale und für ihren Erhalt als wichtige Wasserstraße aus. Auch der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, **André Schröder**, gehörte zu den ersten Unterzeichnern.

„Die Gründung des Saale-Bündnisses spricht für hohes bürgerschaftliches Engagement. Den meisten Menschen ist bewusst, dass demokratische Mitgestaltung nicht in der bequemen Schmollecke stattfindet. Das Saale-Bündnis reiht sich daher nicht ein in den bunten Reigen von Projekten selbsternannter Wutbürger, sondern es wirbt mutig für den Ausbau der Saale als notwendige Bedingung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unserer

ihrer Mobilität. Sie gewährleistet im Zuge der demografischen Entwicklungen ihre gesellschaftliche Teilhabe. Das ist ein wichtiges Zeichen für die jungen Leute im ländlichen Raum, die weite Wege zum Ausbildungsplatz, zur Schule oder Sportverein in Kauf nehmen

müssen“, erläutert Güssau.

Güssau warb dafür, dass sich die Landesregierung jetzt zeitnah mit dem Bund und den Ländern Sachsen und Thüringen über die rechtlichen Rahmenbedingungen eines Modellversuchs verständigt.



Region. Wir brauchen mehr dieser verantwortungsbewussten Mutbürger“, sagte Scheurell während der Veranstaltung.



Scheurell machte deutlich, dass nur der Bau des Saale-Seiten-Kanals die Anbindung des mitteldeutschen Wirtschaftsraumes an das Netz der Europäischen Binnenwasserstraßen sowie an die deutschen Überseehäfen ermöglichen und forderte eine Überarbeitung der bisher vorgelegten Konzepte. Außerdem sagte er mit

Blick auf den deutlich geringen Treibstoffverbrauch eines Binnenschiffes, dass der Bau des Saale-Seiten-Kanals nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch vernünftig sei.

Mit einer Kundgebung vor dem Magdeburger Landtag, am 08. September 2011, hat das Saale-Bündnis öffentlich auf seine Forderungen aufmerksam gemacht. Unter den rund 150 Teilnehmern der Kundgebung befanden sich Binnenschiffer, Gewerkschafter, Wassertouristen und Politiker. Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff, der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, André Schröder, und Verkehrsminister, Thomas Weibel, sagten ihre Unterstützung bei der Nutzung der Saale als Wasserstraße zu.

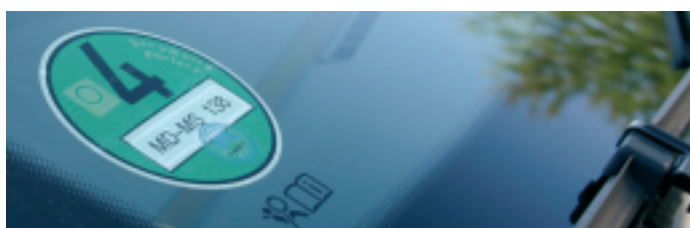
Einführung Umweltzone

Thomas: „Akzeptanz für Umweltschutz schafft man nicht mit der Brechstange!“

Angesichts des Starts der Umweltzonen in Halle und Magdeburg hat der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, **Ulrich Thomas**, den Städten eine angemessene Umsetzung des EU-Rechtes bescheinigt.

Gleichzeitig widerspricht er den Umweltverbänden, die eine restriktive Auslegung und Kontrolle einfordern. „Jeder weiß, wie umstritten die Umweltzonen im Hin-

blick auf ihre tatsächliche Wirkung sind. Feinstaubbelastungen entstehen nun einmal, wenn Fahrzeuge bewegt werden oder wenn sie bremsen. Das ist völlig unabhängig davon, welche Farbe die Plaketten haben“, so Thomas. Jetzt komme es darauf an, die Bürger langsam an die neue Situation zu gewöhnen. „Die Einführung der Umweltzonen wird durch Bürger und Wirtschaft als unnötige Gängelung empfunden. Da darf man jetzt nicht auch noch



mit der ‚Brechstange‘ für Akzeptanz werben“, so Thomas.

Dieser bewertet die Ausnahmeregelungen für Handwerk und Mittelstand als angemessen. Die meisten Unternehmen hätten sowieso kaum noch ältere Fahrzeuge im Fuhrpark. Positiv sei ebenfalls die mitteldeutsche Kooperation von Leipzig und Halle zu würdigen, welche diesbezügliche Ausnahmeregelungen gegenseitig in ihren Städten anerkennen wollen.

Korrektur (siehe Einblick 02/2011)
Uwe Harms: Vorsitzender
Ausschuss für Recht, Verfassung
und Gleichstellung

CDU
CDU-Fraktion im Landtag
von Sachsen-Anhalt

Herausgeber: André Schröder,
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Tel.: 0391 5602016, Fax: 0391 5602028
presse@cdufraktion.de, www.cdufraktion.de